



STAATSDIENER Nach Telekom Austria und Post gibt es auch beim Postbus Überlegungen, Pragmatisierte auszulagern

Beamten-Auslagerung ist dieses Frühjahr en vogue

Die Vorstände der Telekom Austria und der Post scheinen den Kardinalweg gefunden zu haben, wie sie trotz überschüssigen, unkündbaren Beamten im Wettbewerb bestehen können. Ihre Idee: Wer im Unternehmen nicht sinnvoll beschäftigt werden kann, soll in einem Personalpool in der ÖIAG geparkt und je nach Bedarf zurückgeleast werden.

Gewichtige Stimmen in der Regierung können der Idee einiges abgewinnen. Wie aus Regierungskreisen zu erfahren war, sind die Pläne zur Schaffung eines Beamtenpools zumindest für die Telekom Austria (TA) weit fortgeschritten. Das Argument der Regierung: Teuer wird es für die öffentliche Hand auf jeden Fall. Handelt man bei der TA nicht, leidet die Wettbewerbsfähigkeit und der Börsenkurs. Keine guten Ausichten für den 27,37-Prozent-An-

teilsinhaber ÖIAG. Daher sehen Politiker die Übernahme bis zu 2500 in der TA nicht benötigter Beamter in die Staatsholding als geringeres Übel an.

Bei der Post ist die Dringlichkeit nicht ganz so hoch. Bis zur Postmarktliberalisierung 2011 muss aber auch hier eine Lösung gefunden werden. Doch schon jetzt macht das Postmanagement gehörig Druck, ihm diese Last abzunehmen, heißt es aus Regierungskreisen. Die Zahl der betroffenen Beamten schätzen Experten zur Zeit auf 700 - nach der Postliberalisierung dürfte sie auf zumindest 2000 steigen.

Den Plänen diverser Regierungsvertreter schiebt Finanzminister Wilhelm Molterer jedoch noch einen Riegel vor: Eine ÖIAG-Arbeitsagentur sei zur Zeit „kein Thema“, sagte er dem „Format“. Handeln wird

er müssen. Aus der TA werden die Aussagen bereits schärfer: „Wir können nicht 75 Prozent der Aktionäre dafür zahlen lassen, dass sich der Großaktionär Staat Kosten spart“, so TA-Boss Boris Nemsic.

Auch beim Postbus

Die Personalpool-Idee scheint schon einen Nachahmer gefunden zu haben. Gerüchten zufolge möchte auch das Postbus-Management überzählige Beamte loswerden. Da dort nicht die ÖIAG beteiligt ist, sollen die Betroffenen in das Workforce Management der ÖBB umgeschichtet werden. „Das ist ein sozialer Müll-eimer. Wer dort hingesteckt wird,

kommt nie mehr heraus“, so Postbus-Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied Franz Poimer. Das Postbusmanagement war für eine Stellungsnahme nicht erreichbar. (mam)



Das Postmanagement macht gehörig Druck auf die Regierung, eine Lösung für nicht benötigte **Post-Beamte** zu finden